

# N i e d e r s c h r i f t

über die 22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am  
17.07.2003  
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

## Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl (Vertreten)	CDU-Fraktion
Senft, Harald	
Vertreter für König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Vertreten)	SPD-Fraktion
Belger, Hans-Martin	
Vertreter für Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	
ab 18.52 Uhr	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried	
öffentliche Sitzung bis 20.29 Uhr	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe (Vertreten)	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung

Herforth, Gisela (Nicht anwesend)	Verwaltung
Frömmer, Martin	
Vertreter für Trost, Uwe	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Boldt, Günther	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:30 Uhr

Ende der Sitzung 20:40 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2003/0275 Mitteilung;  
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 22.05.2003 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2003/0041 Saubere Stadt Monheim am Rhein
- Ö 5. 2003/0285 Haltestellenausbauprogramm - erste Ausbaustufe  
Mittelfreigabe
- Ö 6. 2003/0284 Freigabe von Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltssperre  
(Verkehrsberuhigung, Schulwegsicherung, Radverkehrskonzept)
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 7. 2003/0286 Freigabe der Haushaltsmittel zur Beschaffung von Soft- und Hardware im Fachbereich Stadtplanung und Bauwesen
- Ö 8. 2003/0312 Freigabe von Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltssperre für verschiedene Produkte der Jugendhilfe
- Ö 9. 2003/0266 Mitteilung  
Finanz- und Leistungsbericht der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01. - 30.04.2003
- Ö 10. Mündliche Mitteilungen
- Ö 11. Mündliche Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- NÖ 12. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 13. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 14. 2003/0276 Mitteilung;  
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 22.05.2003 - nichtöffentlicher Teil -

- NÖ 15.      2003/0293      Personalangelegenheit
- NÖ 16.                      Mündliche Mitteilungen
- NÖ 17.                      Mündliche Anfragen

**Ö 1.                      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen  
Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sodann bittet er darum, die Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Punkt Ö 8 um die Tischvorlage Drucksache-Nr. 2003/0312 - Freigabe von Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltssperre für verschiedene Produkte der Jugendhilfe - zu ergänzen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte Ö 8 bis NÖ 16 werden Tagesordnungspunkte Ö 9 bis NÖ 17.

**Ö 2.                      Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung  
-öffentlicher Teil-**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3.      2003/0275      Mitteilung;  
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten  
Sitzung vom 22.05.2003 - öffentlicher Teil -**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4.      2003/0041      Saubere Stadt Monheim am Rhein**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion äußert, in der Vorlage sei die Absicht vermerkt, optische Überwachungsgeräte an bestimmten Stellen in der Stadt einzurichten. Er möchte von der Verwaltung gerne wissen, ob sie geprüft hat, wo sie die Rechtsgrundlage für die Einrichtung dieser optischen Anlage hernimmt.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Frage selbstverständlich geprüft worden ist. Die Ausführungen der Rechtsberatung zu diesem Punkt würden kurzfristig schriftlich nachgeliefert. Man habe sich lange die Frage gestellt, ob man dieses Thema "Video-Überwachung", was man mehr als Webcam-Überwachung sehe, in dieser Form überhaupt ansprechen sollte. Die rechtlichen Fragestellungen habe man erörtert. Diese Webcam-Überwachung, die geplant werde, sei keine Überwachung im Sinne einer Standardmaßnahme nach dem Polizeigesetz. Es ist richtig, dass die Video-Überwachung als Standardmaßnahme im Polizeigesetz geregelt ist. Man wolle daher diese Webcam-Überwachung nicht als Standardmaßnahme ausgestalten, sondern

eigentlich folgendes tun, dass an den 4 Standorten Webcams aufgestellt werden. Über die Webcams könnten dann die Bilder einfach in das Internet eingestellt werden. Das Ganze sei nur angedacht zur abschreckenden Wirkung, aber nicht als Standardmaßnahme und auch nicht als Maßnahme, die man benutzt, um Beweismittel für spätere Ordnungs- oder Strafverfahren zu bekommen. Die Aufstellung der Webcams würden dem Ganzen eine gewisse Schärfe verleihen. Ob das genügend wiegt, um zu sagen, wir versuchen es pilotweise, wisse er nicht. Das sei eines Versuches wert.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, es könne nicht sein, dass man solche brisante Sache einfach zur Kenntnis nehmen soll. Die Vorlage müsse einen ordentlichen Beschlussvorschlag enthalten. Eine Entscheidung werde man heute sicherlich nicht treffen. Man sei auch nicht damit einverstanden, eine Webcam zu nutzen, um damit eventuelle "Müllsünder" dingfest zu machen. Andere Städte, wie z.B. Paris, würden die Möglichkeit über Webcam nutzen, Bilder ihrer Stadt ins Internet einzustellen, um ihre Stadt damit informativ, attraktiv und werbend darzustellen. Es könne aber keine Werbung für Monheim sein, wenn im Internet weltweit Monheimer Müllsünder dargestellt werden. Diese Art der Überwachung halte man für den falschen Weg, zumal die Webcam-Überwachung zudem so laufen soll, dass man keinen erkennt. Das wäre der ganzen Sache abträglich und würde so nicht funktionieren. Dafür auch noch Geld in der Größenordnung einzustellen wie in der Vorlage angegeben, könne man sich überhaupt nicht leisten. Die Kosten wären zu hoch. Vom Prinzip her sei man damit einverstanden, dass Überlegungen zu einer sauberen Stadt angestellt und Verbesserungen herbeigeführt werden. Das werde voll mitgetragen. Eine Videoüberwachung in der Art werde jedoch abgelehnt. Zu den Kosten der Aktion weise sie auf die Haushaltssperre hin. Vor diesem Hintergrund sei zu fragen, ob es gerechtfertigt ist, Kosten für eine Broschüre in den Haushalt einzustellen. An dieser Vorlage müsse daher über die Kenntnisnahme hinaus bis zur Ratssitzung noch einiges getan werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion stellt fest, dass grundsätzlich bei diesem ganzen Paket von Maßnahmen unter Ausklammerung der Video-Überwachung ein gewisses Einvernehmen vorhanden ist. Die Konzeption als solche werde von der CDU-Fraktion unterstützt. Auf die Frage, ob man dafür Geld ausgeben dürfe, z.B. für die Broschüre, könne man nur antworten, dass das nur dann zu verantworten sei, wenn man sich davon verspreche, dass der Dreck, dessen Beseitigung jetzt auch Geld koste, im erwartbaren Rahmen abgebaut wird. Es sollte sich letzten Endes auch alles rechnen lassen.

Der Vorsitzende der MBM/F.D.P.-Fraktion bemerkt, dass er die Webcam-Überwachung rechtlich nicht so problematisch ansehe. Webcams würden vielerorts zu allen möglichen Zwecken betrieben. Dies würde laut einschlägiger Literatur weitgehend im rechtsfreien Raum stattfinden. Es wäre aber dringend erforderlich, dass man die Dinge der allgemeinen Video-Überwachung einfach regelt. Es besteht jedoch bisher keine derartige Regelung. Da es nicht verboten ist, sollte man es durchaus so machen, da diese Maßnahmen abschreckend wirken. Dazu regt er an, dass die Webcams an den 4 Orten eingerichtet werden und dann Schilder angebracht werden mit der Aufschrift "Dieser Platz wird videoüberwacht", denn wenn niemand wisse, dass eine Video-Überwachung erfolgt, hat das auch keine abschreckende Wirkung. Zu den Kosten sei zu erwähnen, dass Webcams inzwischen im Großhandel äußerst billig zu erwerben sind.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass in der Bevölkerung in Bezug auf Sauberkeit ein Bewusstseinswandel zum Positiven durch Informationen, aber auch durch Androhung von Sanktionen herbeigeführt werden könne. Die Grünen würden großen Wert darauf legen, über das Ortsrecht Ordnungsgeldtatbestände zu schaffen, wie bereits in anderen Städten geschehen. Das Ordnungsgeld müsse einfach sehr drastisch sein. Nur was sanktioniert wird oder was weh tut wird auch beachtet. In der Vorlage negativ zu sehen sei der Passus mit der Dorfpolizei, die auch eine Rolle spielen soll. Da sei überhaupt noch nicht klar, wie die Finanzierung für die Dienstleister aus dem städtischen Personal, die die Aufgabe übernehmen sollen, aussehen soll. Eine Kostendeckung sei nicht erkennbar. Desweiteren werde die Frage der

Webcams kritisch gesehen. Im Zusammenhang mit Müll Webcams zu installieren, halte er für eine Stadt wie Monheim weit überzogen. Da werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Dass eine derartige Überwachung zulässig ist, ist auch bekannt, allerdings nach dem Landesdatenschutzgesetz nur dann, wenn auf die Überwachung durch Schilder hingewiesen wird. Für Monheim halte man eine derartige Überwachung für unangemessen. Mit den Webcams wäre es für die Grünen ein Punkt, wo man letztlich dem Konzept die Zustimmung verweigern würde.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion (RH Gronauer) äußert, zu dem Punkt Webcams würde er darum bitten, zu einer der nächsten Sitzungen von den 4 angedachten Standorten mit einer Digitalkamera aus diesen 4 Blickwinkeln je eine oder auch mehrere Aufnahmen zu schießen und diese auf der Leinwand im Ratssaal zu zeigen. Alle zusammen könnten sich dann ein Bild davon machen, wie eine Präsentation der Stadt im Internet durch diese vier Bildausschnitte aussieht.

Der Ausschuss ist sich darin einig, dass die Vorlage zunächst zurückgestellt wird. Sie soll in der Ratssitzung nochmal aufgerufen werden. Ggfls. ergibt sich bis dahin ein neuerer Klärungsbedarf. Bis dahin soll auch die schriftliche Stellungnahme der Rechtsberatung zum Thema "Video-Überwachung" nachgeliefert werden. Bis zur Ratssitzung am 29.07. soll auch alles das geklärt werden, was bis dahin geklärt werden kann. Nach der Sommerpause wird eine etwas besser formulierte Vorlage erstellt, die auch entsprechende Beschlussvorschläge enthält.

Die Fachbereichsleiterin 1 erhält folgende Arbeitsaufträge:

1. Für die weitere Beratung ist die Ordnungsbehördliche Verordnung, die zu Beginn der Legislaturperiode angepasst und ergänzt wurde, nochmal insoweit aufzuschlüsseln, so dass genau die Tatbestände genannt werden, die dort bußgeldrelevant angesprochen sind.
2. Es ist zu klären, was repressiv verfolgt wird. Wenn man dazu kommt, dass man keine Verwarnungsgelder oder Bußgelder verhängt, was Tatbestände der Ordnungsbehördlichen Verordnung anbelangt, ist das sehr betrüblich. Das ergibt aber auch die Frage, wie effektiv arbeitet der Kommunale Ordnungsdienst (KOD). In der Vorlage unter Punkt 5 wird ausgeführt, dass der KOD Aufgaben wahrnehmen soll. Der Bürgermeister hat hier bewusst einschränkend formuliert, dass dadurch aber keine zusätzlichen Personalkosten entstehen dürfen. Im Zuge der weiteren Diskussion dieses Papiers werde man in Kürze auch mit der künftigen Organisation und Ausrichtung des KOD konfrontiert werden.

Der Vorschlag des Rats Herrn Gronauer (CDU) wird aufgenommen und soll kurzfristig umgesetzt werden.

## **Ö 5. 2003/0285 Haltestellenausbauprogramm - erste Ausbaustufe Mittelfreigabe**

In der Diskussion wird vom Ausschuss bemängelt, dass die Vorlage zu knapp gefasst ist. Der Ausschuss bzw. auch der Rat hätten keine Kontrollmöglichkeiten. So fehle auch eine genaue Kalkulation, da auch in der Vorlage vom 10.05.2000, mit der die Maßnahme beschlossen wurde, nur ca.-Beträge angegeben sind.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss, warum die Maßnahme nicht längst erledigt ist, wird von der Verwaltung auf personelle Engpässe hingewiesen. Allerdings wird dazu von mehreren Ausschussmitgliedern erwähnt, dass das nicht ganz nachvollzogen werden kann.

Der Ausschuss ist der Auffassung, dass die Vorlage heute zurückgestellt werden sollte. Für die Ratssitzung am 29.07.03 soll eine neue Vorlage erstellt werden, in der insbesondere die Anzahl der Haltestellen und die Kalkulation dessen, was bereits im Prinzip vom Sachbearbeiter

aufgearbeitet ist, ergänzt werden. Eine bessere Transparenz der Vorlage sei notwendig, um am 29.07.03 entscheiden zu können.

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Ratssitzung zurückgestellt. Es ist eine neue Vorlage zu erstellen.

**Ö 6. 2003/0284 Freigabe von Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltssperre  
(Verkehrsberuhigung, Schulwegsicherung, Radverkehrskonzept)**

Der Bürgermeister bemerkt, dass es auch hier um eine sehr knapp gefasste Vorlage geht. Auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion bittet dringend darum, die Informationen, die für den Gesamtzusammenhang und für die Entscheidung notwendig sind, zukünftig jeweils mit aufzunehmen und die Recherche nicht allein den Ausschussmitgliedern zu überlassen.

Der Bürgermeister hält die kritischen Anmerkungen schon für angebracht. Wenn nähere Informationen gewünscht würden, sei das gerechtfertigt.

Der Kämmerer äußert, dass er die Vertagung der vorherigen Vorlage ja noch teile, da der Beschluss doch relativ lange her sei. In diesem Fall aber habe man das, was zu der Verkehrsentwicklungsplanung etatisiert sei, vor knapp einem halben Jahr ausführlich beraten und beschlossen. Er meine daher, dass in diesem Fall heute eine Entscheidung über die Mittelfreigabe möglich sei.

Nach weitere Diskussion ist der Ausschuss doch der Meinung, heute zu beschließen.

**Der Ausschuss beschließt:**

Zur Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes werden bei den Haushaltsstellen

2.6300.9609.40 – Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung – 45.000,00 €

2.6300.9608.10 – Schulwegsicherung – 100.000,00 €

2.6300.9607.60 – Realisierung Radverkehrskonzept – 100.000,00 €

freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 0. Bürgerfragestunde**

**Beginn: 19.37 Uhr**

Es gibt keine Wortmeldungen

**Ende: 19.37 Uhr**

**Ö 7. 2003/0286 Freigabe der Haushaltsmittel zur Beschaffung von Soft- und**

## **Hardware im Fachbereich Stadtplanung und Bauwesen**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass man diese Software schon haben sollte. Er könne sich auch vorstellen, dass durch die Zurverfügungstellung dieser Software eine gewisse Rationalisierung herbeigeführt werden kann. Insofern würde man dem zustimmen. Es ergebe sich aber die grundsätzliche Frage, ob man bei diesem System und auch bei anderen Systemen Kontakt aufnehmen sollte mit den Nachbarstädten. Es sei schon an der Zeit, auch unter Betrachtung der Kosten zu einer Kooperation im Kreis oder zumindest im Südkreis zu kommen, was die Beschaffung von Hard- und Software betrifft. Er meine, eine Kooperation in diese Richtung sollte man vorantreiben.

Die Verwaltung entgegnet, dass insgesamt zu dem Thema EDV auf der nächsten Bürgermeisterkonferenz eine Beschlussvorlage vorgestellt wird, wo gerade das Thema Kooperation im IT-Bereich als Beschluss verfasst wird und auch Mittel bereitgestellt werden, um es einmal flächendeckend professionell von einem Beratungsunternehmen im Kreis untersuchen zu lassen, welche Kooperationsmöglichkeiten es gibt. Das sei ein ganz aktuelles Projekt neben vielen anderen Projekten der interkommunalen Zusammenarbeit, die z.Zt. vorbereitet werden. Man sei also bereits dabei, diese Anregung umzusetzen.

Der Bürgermeister erwähnt, dass es im Rahmen der Kreisgemeinschaft auch wichtig sei, wenn man Lösungen findet, an die sich nur 5 oder 6 Städte beteiligen. Kleine Kooperationsfelder würden schon reichen. Das wäre schon ein Fortschritt. Dieser Hinweis sei also bereits aufgenommen. Der Punkt werde für die Bürgermeisterkonferenz festgehalten.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass sie die Anregung vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion unterstütze. Aufgrund der Ausführungen zu Kooperationsmöglichkeiten erhebe sich jetzt nur die Frage, ob die ganze Beschaffung der Software jetzt so dringlich sei, ob man jetzt unbedingt zustimmen müsse oder ob z.Zt. mit reduzierten Mitteln weiter gearbeitet werden kann.

Zu einer Unabweisbarkeit oder Verschiebung des Kostenbetrages betont der Beigeordnete, dass man im ersten Fall einige Aufträge abzuwickeln und durchzuführen habe, die man auch nur mit dieser Software ausführen könne. Im 2. Fall gehe es um die Stadtplanung. Da laufe eine Software aus, die auch nicht weiterentwickelt worden ist. Im 3. Fall müsse erwähnt werden, dass der Server voll ist. Es gehe nichts mehr hinein. Man brauche einen größeren Server, um die derzeitigen Daten im Werte von ca. 3 Mio € zu lagern. Es sei ein sehr hohes Risiko, dass man die Daten irgendwann einmal verliere. Daher seien mindestens die in der Vorlage aufgeführten drei Dinge notwendig.

### **Der Ausschuss beschließt:**

1. Die Freigabe der Mittel für die Beschaffung der Strassenbaussoftware in Höhe von 18.000,00 € wird genehmigt.
2. Die Freigabe der Mittel für die Beschaffung der Bauleitplanungssoftware in Höhe von 11.500,00 € wird genehmigt.
3. Die Freigabe der Mittel für die Beschaffung und Umrüstung der Server in Höhe von 6.500,00 € wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig



## **für verschiedene Produkte der Jugendhilfe**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt aus, dass über einige der in der Liste zur Vorlage aufgeführten Punkte kurzfristig entschieden werden sollte, da Dinge, die bereits laufen Vertrauensschutz genießen und somit dann weitergeführt werden können. Die Punkte, über die nach seinen Erkenntnissen heute beschlossen werden sollte, sind die in der Liste aufgeführten lfd. Nr. 2, 6, 7, 8, 11 und 14. Zu diesen angesprochenen Punkten sollte die Haushaltssperre aufgehoben werden. Ansonsten sollte über den Rest der Vorlage zunächst der Jugendhilfeausschuss beraten und dann der Haupt- und Finanzausschuss wieder beschließen. Da nach Bekanntgabe der Haushaltssperre noch Sitzungen des JHA stattgefunden haben, wäre es ohnehin angebracht gewesen, den JHA zunächst über alle Punkte beraten zu lassen.

Aufgrund der sich ergebenden Diskussion und der unterschiedlichen Vorschläge aus den Fraktionen wird von einem Sprecher der CDU-Fraktion nochmals erwähnt, wie wichtig es gewesen wäre, die einzelnen Punkte vorher im JHA diskutieren zu lassen. Dann hätte man die Probleme jetzt nicht. Er möchte daher von der Verwaltung die klare Auskunft haben, was unabweisbar ist und zwar über die Punkte hinaus, die der Vorsitzende der CDU-Fraktion genannt hat. Diese Punkte sind in Abstimmung mit der Verwaltung aufgestellt worden. Jetzt kommen plötzlich eine ganze Reihe von anderen Punkten dazu.

Der Kämmerer erklärt, dass alle Punkte im Vorfeld diskutiert worden sind. Die Punkte, die der Vorsitzende der CDU-Fraktion aufgeführt hat, sind die Punkte, die heute entschieden werden müssen. Bei den anderen Punkten reicht eine Entscheidung im September aus.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, man schließe sich dem an, dass das gemacht wird, was unabweisbar ist. Über die Vorlage sei man verärgert. Nach der bisherigen Diskussion und den Vorbesprechungen sei man davon ausgegangen, dass im Sinne der Finanzsituation, die man habe, natürlich nur die Sachen gebracht werden, die dringlich sind. Dagegen werden Sachen vorgelegt, die im Herbst entschieden werden sollen. Da sei sie ebenso der Ansicht, dass diese Dinge in den Fachausschuss gehören. Wenn jetzt eindeutig klar sei, dass über die Punkte, die der Vorsitzende der CDU-Fraktion aufgrund der Vorbesprechungen genannt hat, heute entschieden werden soll, stimme man dem zu. Alle anderen Punkte würden dann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

### **Der Ausschuss beschließt:**

Aus der der Beschlussvorlage angefügten Liste über die Projekte und Maßnahmen aus dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt, die für dieses Jahr geplant sind, wird die Haushaltssperre bei den Ziffern

#### **2 Betriebskostenzuschuss TOT Baumberg**

#### **6 Maßnahmen i.R. der Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen**

#### **7 Ferienmaßnahmen des Jugendamtes**

#### **8 Durchführung von Sonderveranstaltungen**

#### **11 Qualitätsmanagement Soz. Päd. Dienste**

#### **14 Außenanlagen Kindertagesstätte Oranienburger Straße**

aufgehoben und die Mittelfreigabe erteilt.

Die restlichen Positionen aus der Liste werden zur Beratung an den JHA verwiesen. Ggfls. erfolgt eine Beschlussfassung dann anschließend im Haupt- und Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 9. 2003/0266 Mitteilung**  
**Finanz- und Leistungsbericht der Zentralen Dienste und der**  
**Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01. - 30.04.2003**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Finanz- und Leistungsbericht der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01. – 30.04.2003 zur Kenntnis.

**Ö 10. Mündliche Mitteilungen**

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.

**Ö 11. Mündliche Anfragen**

**Ö 11.1 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau**  
**Hengsberger;**  
**"Ausbau Tunnel Berliner Ring"**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bittet um Informationen über den Stand der Arbeiten.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Frage hoch aktuell sei. Der Straßenbaubetrieb NRW habe mit Telefonat von heute mitgeteilt, dass er plötzlich ein Problem mit dieser Baumaßnahme hat, obwohl er frühzeitig beteiligt worden ist. Der Straßenbaubetrieb NRW sagt, dass man bei diesem Brückenbauwerk als Straßenbaulastträger immer an die Bausubstanz des Brückenbauwerkes heran können müsse, um dort durch Abklopfen zu testen, ob Schäden in der Bausubstanz sind. Dies sei gerade heute mitgeteilt worden, obwohl bisher vom zuständige Sachbearbeiter auf Nachfrage mitgeteilt worden sei, dass keine Einwände bestehen. Er werde morgen dieserhalb telefonisch versuchen zu klären, wo es denn jetzt klemmt. Die Aufträge könne man nicht erteilen, solange der Baulastträger kein grünes Licht gegeben habe. Das zweite Problem betreffe die Stromversorgung, wo man in die Bausubstanz der Straße eingreifen musste. In dem Fall hätten auch Gespräche mit dem Baulastträger geführt werden müssen, um Stromversorgungsschächte installieren zu können. Dies sei relativ reibungs- und problemlos gelaufen.

Auf die Zusatzfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, ob die treppenartige Geländegestaltung hinter der Brücke, die im übrigen sehr bescheiden aussehe, eigentlich abgeschlossen sei, entgegnet der Bürgermeister, dass er diese Auffassung teile. Die Baumaßnahme, die jetzt geplant sei, sollte aber erst einmal abgewartet werden. Er habe mit dem Betriebshof vereinbart, dass die Steine dann mit einem Hochdruckreiniger behandelt werden. Auch die Bepflanzung der Terrassen sehe nicht gepflegt aus. Die Baumaßnahme selber sei aber abgeschlossen.

**Ö 11.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Nieswand (SPD);**

## "Mona mare"

Ratsherr Nieswand stellt folgende Fragen:

1. Beim "mona mare" sind 2 Garagen angebaut worden. Im Vorfeld ist der Grünbewuchs entfernt worden, so dass man jetzt vor eine Betonmauer schaut. Er fragt, ob dort vorgesehen ist, diese Wand noch zu verputzen oder zu verklankern oder so zu gestalten, dass es wieder ordentlich aussieht. Falls nichts derartiges vorgesehen ist, werde man einen entsprechenden Antrag stellen.
2. Daneben ist durch den Kahlschnitt der gelbe Druckbehälter deutlich hervorgekommen. Er wisse nicht, was dort drin ist. Nachbarn hätten nur Sorge, dass dort etwas passieren könne. Er fragt daher, ob von diesem Druckbehälter eine Gefahr ausgeht.
3. Durch den Wegschnitt der Grünbepflanzung wirkt das Geräusch des Kompressors, der dort in der Nähe steht, sehr störend auf die Anwohner. Er fragt, ob hier im Gesamtzusammenhang Abhilfe geschaffen werden kann.

Die Fragen sind aufgrund der Stellungnahme des Geschäftsführers des "mona mare" schriftlich an Ratsherrn Nieswand mit Kopie an die Fraktionen wie folgt beantwortet worden:

- Vor den beiden Garagen wird eine Bepflanzung vorgenommen. Eine Verklankerung ist nicht vorgesehen.
- Der weiße (nicht gelbe) Druckbehälter ist ein CO<sub>2</sub>-Tank, von dem keine Gefahr ausgeht. Der Tank steht dort seit 1999. Dieser Tank erhält einen Sichtschutz.
- Es gibt dort keinen Kompressor. Grünbewuchs reduziert Lärmimmissionen nur äußerst geringfügig. An der Anlage (Blockheizkraftwerk) wurden seit 1998 keine wesentlichen Änderungen vorgenommen.

### **Ö 11.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Schmidt (SPD); "Schäferhundeverein"**

Ratsherr Schmidt führt aus, dass es in erster Linie um den Schäferhundeverein geht, der unten am Rheinstadion ansässig ist. Nach bereits mit dem Beigeordneten geführten Gesprächen soll der Verein wohl 15 - 20 m auf der Rheinseite von dem Gelände abgeben. Dem hätte der Verein auch zugestimmt. Aber da das Gelände abfällig ist, müsste es angehoben werden, weil ansonsten der untere Bereich, der z.Zt. nicht genutzt wird, aber bei Abgabe von 20 m genutzt werden muss, bei dem geringsten Hochwasser bereits überflutet wird. Desweiteren müsste auch ein zweiter Flutlichtmast aufgestellt werden. Ein weiterer Punkt ist das Vereinshaus, was eine Einheit mit dem Vereinshaus des FC Monheim bildet.

Die Unsicherheit dort sei sehr groß. Daher frage er, was dort geplant ist, wie dort verfahren werden soll und wie der Schäferhundeverein dort behandelt werden wird. Das hätte er gerne schriftlich mitgeteilt.

Der Beigeordnete erklärt, dass die Probleme bekannt sind. Man werde diese aber im Zuge der Ausführungsplanung mit dem Verein lösen. Er werde hierzu wie gewünscht kurz schriftlich Stellung nehmen.

(Die schriftliche Stellungnahme an Ratsherrn Schmidt mit Kopie an alle Fraktionen ist erfolgt).

### **Ö 11.4 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Belger (SPD);**

## **"Kaufhaus-Planung Ernst-Reuter-Platz"**

Ratsherr Belger fragt, ob es notwendig ist, dass dort am Ernst-Reuter-Platz immer noch ein Hinweisschild steht, dass dort das Kaufhaus "Familia" baut. Das würde die Bewohner sehr unsicher machen. Man habe auch festgestellt, dass die Bürgerinitiative Brandenburger Allee sich eigentlich nur aus Unwissenheit gebildet hat, weil die Leute vorher nicht ordentlich aufgeklärt worden sind. Das Wichtigste sei, dass bei Veränderungen die Leute informiert werden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass der Punkt aufgenommen sei. Er werde sich darum kümmern, dass entsprechende Klarheit geschaffen und der Inhalt des Bauschildes entsprechend angepasst bzw. das Schild ausgetauscht wird.